

Regierungsratsbeschluss

vom 18. Dezember 2018

Nr. 2018/2019

E-Government-Strategie 2018

1. Erwägungen

Der Zugang zu und die Abwicklung von Behördengängen soll für Wirtschaft und Bevölkerung so effizient und flexibel wie möglich über die organisatorischen und föderalen Grenzen hinweg gestaltet werden. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) leistet dazu einen wichtigen, zentralen Beitrag und trägt mittels E-Government dazu bei, dass der Kanton Solothurn ein attraktiver Wirtschaftsstandort und Wohnkanton bleibt. Bereits 2012 hat die Regierung des Kantons Solothurn dafür eine erste E-Government-Strategie beschlossen.

Die Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz per Ende 2015 mit dem dazugehörigen Schwerpunktplan 2016 - 2019 gaben Anlass, die E-Government-Strategie des Kantons Solothurn einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen.

Die E-Government Strategie Solothurn orientiert sich an den Legislaturzielen des Regierungsrats, der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Anforderungen von Wirtschaft und Bevölkerung, an der E-Government-Strategie Schweiz sowie an den wesentlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Ziele der Strategie 2018 wurden gestrafft und auf den zeitlichen Rahmen einer Legislatur angepasst:

- Die organisatorischen, finanziellen, rechtlichen und technischen Voraussetzungen werden geschaffen, um den koordinierten Auf- und Ausbau eines elektronischen Leistungsangebots zu ermöglichen.
- Die Wirtschaft wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab.
- Die Bevölkerung kann die wichtigen – häufigen und mit grossem Aufwand verbundenen – Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln.

Aus diesen strategischen Zielen wurden sechs Handlungsfelder abgeleitet. In diesen Handlungsfeldern konzentrieren sich die folgenden Hauptaktivitäten:

- Erstellen einer sicheren Identitäts- und Zugriffsverwaltung als Basisinfrastruktur für die Zugriffssteuerung auf Fachanwendungen.
- Schaffung der Rechtsgrundlagen für die elektronische Abwicklung von Verwaltungsgeschäften und den Aufbau eines Portals für die Nutzerinnen und Nutzer im Kanton.
- Aufbau eines Behördenportals, über welches die Nutzerinnen und Nutzer ihre Transaktionen mit der Verwaltung abwickeln können und eine technische Basis bildet, mit welcher Fachanwendungen für die externe Nutzung bereitgestellt werden sollen.

- Aufbau eines Leistungsangebots für Wirtschaft und Bevölkerung, welches sich insbesondere konzentriert auf
 - Bewilligungsverfahren,
 - Meldepflichten und
 - Bezug von amtlichen Dokumenten.

Die Strategie setzt zudem den organisatorischen Rahmen für die Umsetzung.

Um den Stand und Fortschritt der Umsetzung überprüfen zu können, führt die Staatskanzlei einen Katalog der Leistungen und Umsetzungsprojekte, welcher periodisch nachgeführt wird. Dieser dient dem Steuerungsausschuss E-Government und der Regierung als Erfolgskontrolle für die Strategie. Die Departemente leisten der Staatskanzlei für die Erstellung und Nachführung dieses Leistungskatalogs die notwendige Unterstützung.

2. Beschluss

- 2.1 Die E-Government-Strategie 2018 wird beschlossen.
- 2.2 Die Staatskanzlei wird beauftragt, eine Umsetzungskontrolle zu Handen des Steuerungsausschusses E-Government zu erarbeiten und dem Regierungsrat zu Kenntnis zu bringen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

E-Government-Strategie 2018

Verteiler

Regierungsrat (6)
Staatskanzlei (2; Stabsstelle E-Government)
Amt für Informatik
IGV (7; *Versand durch Stabsstelle E-Government*)